

A young boy with a somber expression is holding a rifle. He is wearing a light blue, short-sleeved button-down shirt. The background is a wall with peeling white paint and a window. The image is the main visual for the report cover.

Christopher Steinmetz (BITS)

**Deutsche Rüstungsexporte
und Kindersoldaten**

Kleinwaffen in Kinderhänden

Kooperationspartner

Herausgeber



Christopher Steinmetz (BITS)

Deutsche Rüstungsexporte
und Kindersoldaten

Kleinwaffen in Kinderhänden

Impressum

Autor

Christopher Steinmetz, Wiss. Mitarbeiter,
Berliner Informationszentrum für
Transatlantische Sicherheit – BITS

Mitarbeit

Otfried Nassauer (BITS)

Koordination und Redaktion

Ralf Willinger/terre des hommes

Lektorat und Gestaltung

kipconcept gmbh, Bonn

Druck

Knipp Medien und Kommunikation GmbH, Dortmund

Herausgeber und im Auftrag von

Brot für die Welt
Kindernothilfe e.V.
terre des hommes e.V.
World Vision Deutschland e.V.

Mit Unterstützung von

Deutsches Komitee für UNICEF e.V.
Deutsche Friedensgesellschaft – DFG-VK e.V.
Pax Christi – Deutsche Sektion
Ohne Rüstung Leben e.V.

Die Herausgeberorganisationen Kindernothilfe,
World Vision und terre des hommes sind Mitglied
des Deutschen Bündnis Kindersoldaten.

www.kindersoldaten.info

Die Herausgeberorganisationen Brot für die Welt
und terre des hommes sind Mitglied im Bündnis
»Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel«.

www.aufschrei-waffenhandel.de

Die in dieser Publikation vertretenen Auffassungen
sind die des Autors, nicht notwendigerweise die
der unterstützenden Organisationen.

Der Autor dankt Ralf Willinger für seine Unterstützung.

Fotonachweise

Titelfoto: Kindersoldat mit deutschem G3-Gewehr,
Fotograf unbekannt

Seite 9: Sebastian Bolesch

Seite 11: Guillaume Briquet / AFP / GettyImages

Seite 13: Hans-Martin Grosse-Oetringhaus / terre des hommes

Seite 26-27: Jacob_Wire / dpa_Picture Alliance

Seite 31: Hans-Martin Grosse-Oetringhaus / terre des hommes

Seite 48: David Longstreath / AP Photo / dpa_Picture Alliance

Seite 55: Jacob_Wire / dpa_Picture Alliance

Seite 64: Sebastian Bolesch

Seite 69: William Martinez / Fundación Dos Mundos

BITS-Research Report 17.01

© 2017 Alle Rechte vorbehalten

1. Auflage, 2.000 – Februar 2017

ISBN 978-3-933111-17-3

Bestellbar über den Buchhandel und bei terre des hommes

Inhalt

Vorwort	5
Zusammenfassung	7
Kindersoldaten – Das Versagen der internationalen Staatengemeinschaft beim Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten	9
1. Kindersoldaten & Kleinwaffen – Rechtlicher Rahmen und Realität	13
1.1. Kindersoldaten und die Verletzung internationaler Normen	14
1.1.1. Kindersoldaten weltweit im Einsatz	14
1.1.2. Zwischen Moral und Staatsraison – Zur Definition von Kindersoldaten	17
1.1.3. Deutsche Verpflichtungen und die Wirklichkeit	19
1.2. Kleinwaffen & Leichte Waffen – Die Waisenkinder der Rüstungskontrolle	21
1.2.1. Relevanz von Kleinwaffen für Kindersoldaten und Kinderrechte	22
1.2.2. (Gewollte) Grauzonen – Die Definition von Kleinwaffen und Leichten Waffen	22
1.2.3. Exportkontrollen – Kleine Waffen, große Löcher	24
2. Deutsche Kleinwaffenexporte – Eine ernüchternde Bilanz	31
2.1. Fischen im Trüben – Die deutsche Quellenlage für Rüstungsexporte	32
2.2. Export von Kleinwaffen im großen Maßstab	33
2.3. Deutsche Kleinwaffen für Kindersoldaten – Fünf Beispiele	38
2.3.1. Kolumbien	38
2.3.2. Syrien und Irak	42
2.3.3. Philippinen	46
2.3.4. Indien	49
2.3.5. Jemen (und die saudische Militärintervention)	52
3. Weiterverbreitung deutscher Kleinwaffen	55
3.1. Lizenzfertigung – Grundlage für unkontrollierte Verbreitung	56
3.1.1. Sturmgewehre und Maschinenpistolen für die Welt	57
3.1.2. Tödliche Fabriken von Fritz Werner	59
3.1.3. Lizenzproduktion – Die geöffnete Büchse der Pandora	60
3.2. Deutsche Kleinwaffen – Empfänger unbekannt?	62
3.2.1. Heckler&Koch: Auf die nicht so feine englische Art	62
3.2.2. Kleinwaffenexportparadies USA	63
3.2.3. Weitergabe – Endverbleib in Konfliktgebieten garantiert	65
3.3. Ohne Munition geht nichts	66
3.3.1. Munition für Millionen	66
3.3.2. Fritz Werner und Rheinmetall auf Expansionskurs	67
3.3.3. Munition, das kleine große Übel	68

4. Schlussfolgerungen für eine restriktive Rüstungsexportpolitik zum Schutz von Kindern	69
4.1. Kleinwaffenexporte trotz Einsatz von Kindersoldaten	70
4.2. Handlungsempfehlungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten	73
Anhänge	77
Anhang 1: Definitionen der UNO, EU und OSZE für Kleinwaffen und Leichte Waffen	78
Anhang 2: Auswahl deutscher Kleinwaffenhersteller (inkl. Munition und Zubehör)	80
Anhang 3: Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen und Munition (Jahresberichte der Bundesregierung 2002–2015, in Mio.€)	82
Glossar	83
Index	
Liste von Unternehmen	86
Liste von Ländern	87
Literaturverzeichnis / Quellenverzeichnis	88
Die Herausgeber	94
Schaubild 1: Einsatz von Kindersoldaten (2002–2015)	15
Schaubild 2: Länder, in denen Kinder als Soldaten in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden	16
Schaubild 3: Exportierte Kleinwaffen und Leichte Waffen (2006–2015)	34
Schaubild 4: Gelieferte Kleinwaffen in Länder, in denen Kindersoldaten eingesetzt werden	36
Schaubild 5: Beschlossene Waffenlieferungen an die Autonomiebehörde Irakisch-Kurdistan 2014–2016	45
Schaubild 6: Exportgenehmigungen für Jordanien, Saudi Arabien, VAE 2002–2015	53
Schaubild 7: Übersicht der G3-Lizenzen (HK33)	58
Schaubild 8: Übersicht der MP5-Lizenzen (HK53)	59
Schaubild 9: Beantragte Heckler & Koch Exportlizenzen in Großbritannien 2010–2015	63
Info-Box 1 Staaten, in denen Minderjährige von staatlichen Armeen legal rekrutiert werden können	17
Info-Box 2 Kampagne »Straight 18«	19
Info-Box 3 Risiko »Militärische Ausbildungshilfe«	20
Info-Box 4 Handgranaten und Antipersonenminen	24
Info-Box 5 Waffengesetz und EU-Feuerwaffenverordnung	26
Info-Box 6 Arms Trade Treaty (ATT)	28
Info-Box 7 Anmerkungen zu den Exportstatistiken	33
Info-Box 8 Deutsche Kalaschnikows für die Welt	35
Info-Box 9 Fritz Werner in Myanmar	60

2.3. Deutsche Kleinwaffen für Kindersoldaten – Fünf Beispiele

»Sie bringen die Leute, die sie gefangen haben, Guerilleros und Räuber, zum Trainingsgelände. Meine Truppe musste drei Leute töten. Nachdem der erste getötet wurde, sagte mir der Kommandeur, dass ich am nächsten Tag mit dem Töten dran bin. Ich war schockiert und angeekelt. Ich musste es vor der ganzen Kompanie tun, vor 50 Leuten. Ich musste ihm in den Kopf schießen.«⁵³

Óscar, 15-jähriges Mitglied der Autodefensas Unidas de Colombia (AUC).

Die Rüstungsexportstatistiken widersprechen dem von der Bundesregierung gegenüber dem UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes vermittelten Eindruck, dass in Deutschland ausreichende Vorkehrungen getroffen worden sind, um den Export von Kleinwaffen in Länder, in denen Kindersoldaten und Kindersoldatinnen eingesetzt werden, zu verhindern. Im Folgenden werden exemplarisch fünf Länderbeispiele (Kolumbien, Irak & Syrien, Philippinen, Indien und Jemen) behandelt, um einen Eindruck von der Verbreitung deutscher Kleinwaffen zu vermitteln. Zudem sollen einige Faktoren herausgearbeitet werden, die für die Verbreitung dieser Waffen in solchen Konflikten bis heute verantwortlich sind. Allerdings gilt auch hier, ebenso wie bei den Exportstatistiken, dass diese Zahlen nur Indikatoren für die Größenordnung sind und die Realität nicht unbedingt abbilden.

Um zu vermeiden, dass in den folgenden Beispielen der Blick von den Kindersoldaten bzw. Kindersoldatinnen und den deutschen K LW-Exporten abgelenkt wird, wird auf eine ausführliche Darstellung der historischen Entwicklung der Konflikte, der verschiedenen Konfliktlinien und Interessenskonstellationen der Akteure verzichtet.

2.3.1. Kolumbien

»Ich habe gelernt, wie man einen Kompaß nutzt, Polizeistationen angreift, einen Hinterhalt legt und Waffen handhabt. Am Ende habe ich AK47, Galil, [A]R-15, Mörser, Ananas-Granaten, M26 Granaten, und «Tatucos» (Granatwerfer) benutzt.«⁵⁴

Ramiro, trat der FARC-Guerilla mit 15 Jahren bei.

Der im November 2016 nach jahrelangen Verhandlungen vereinbarte Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und Vertretern der größten Guerillagruppe in Kolumbien, den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), eröffnet die Chance auf eine Beendigung eines fast 60 Jahre währenden Bürgerkrieges. Der Konflikt prägte wenigstens zwei komplette Generationen und forderte mehr als eine Million Opfer – hinzu kommen Millionen Vertriebene und indirekte Kriegsoffer. Insbesondere in den 1990er Jahren weitete sich der Konflikt aus. Maßgeblich daran beteiligt waren die Autodefensas Unidas de Colombia (AUC): Der 1997 gegründete Dachverband diverser bereits bestehender paramilitärischer Verbände ging mit Duldung und Unterstützung der Regierung und der Streitkräfte verstärkt gegen die Rebellen und deren vermeintliche Sympathisanten vor. Zudem begann die USA im Rahmen ihrer Drogenbekämpfungspolitik direkt im Bürgerkrieg zu intervenieren (Plan Colombia). Neben Waffen wurden militärische Berater bzw. private Sicherheitsdienstleister ins Land geschickt, um die kolumbianische Regierung im Kampf gegen die Drogenbanden, zu denen auch Teile der FARC gezählt wurden, zu unterstützen.

Von Bienen und Glöckchen

Kindersoldaten und Kindersoldatinnen gehören zum alltäglichen Bild des kolumbianischen Bürgerkrieges. Sowohl die FARC, die Ejército de Liberación Nacional (ELN), als auch die AUC rekrutierten Minderjährige für ihre Einheiten. Die FARC bezeichnete die Minderjährigen zynisch als »abejitas« (Bienen), die AUC nannte sie »campanitas« (kleine Glöckchen). Eine Auswertung der Jahresberichte des UN-Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten sowie die Berichte von kolumbianischen Nichtregierungsorganisationen legen den Schluss nahe, dass etwa 25 % der FARC- und ELN-Mitglieder minderjährig waren und in den bewaffneten Einheiten sogar teilweise 40 % der Kämpfer stellten – ein Großteil davon sogar Minderjährige unter 15 Jahren.

⁵³ Human Rights Watch (2003): You'll Learn Not To Cry – Child Combattants in Colombia. S. 64. (Übersetzung des Autors)

⁵⁴ Human Rights Watch (2003): You'll Learn Not To Cry – Child Combattants in Colombia., S. 62 (Übersetzung des Autors).

Eine Auswertung der Befragung von 10.732 demobilisierten Kämpfern der FARC und ELN belegt, dass mehr als die Hälfte als Kinder rekrutiert worden waren, bei der AUC waren es etwas weniger als 40 %.⁵⁵ Schätzungen gehen von konstant 11.000 bis 18.000 minderjährigen Jungen und Mädchen auf Seiten der nicht-staatlichen bewaffneten Gruppierungen in Kolumbien aus.

Auch die kolumbianischen Streitkräfte rekrutierten während des Bürgerkrieges Minderjährige. Diese wurden nach Angaben der Regierung in der Regel als Spione und Informanten eingesetzt. Der Einsatz von Minderjährigen auf beiden Seiten des Konfliktes war kein Geheimnis, sondern gut dokumentiert. Jede Regierung mit einem funktionierenden Diplomatischen Dienst hat davon Kenntnis gehabt. Genauso bekannt war, dass in diesem Bürgerkrieg auch andere durch die KRK geächtete und infolge der UN-Sicherheitsratsresolution 1612 dokumentierte Vergehen an Kindern auf der Tagesordnung standen: Kinder wurden verstümmelt, gefoltert, sexuell missbraucht und entführt, Schulen und Krankenhäuser wurden regelmäßig von allen Konfliktparteien, insbesondere auch dem staatlichen Militär, beschossen oder als Stützpunkte benutzt.

Deutsche Waffen – Fundament für den Bürgerkrieg

Bis in die 1990er Jahre gehörten deutsche Kleinwaffen zur Standardausrüstung der kolumbianischen Streitkräfte und wurden auch im Bürgerkrieg eingesetzt. Mit den Waffen des schwäbischen Herstellers Heckler & Koch (H&K) wurde das Fundament der Kriegsführungsfähigkeit der kolumbianischen Armee gelegt. In den 60er Jahren begann H&K G3-Sturmgewehre und die entsprechende Munition nach Kolumbien zu liefern. Zwischen 1967–1975 wurden 55.000 G3-Sturmgewehre, 3.121 Maschinenpistolen MP5 und 1.500 HK21 Maschinengewehre geliefert.⁵⁶ Dynamit Nobel, das Metallwerk Elisenhütte Nassau (MEN) und die Industrierwerke Karlsruhe (IWKA) lieferten mehr als 110 Mio. Schuss Munition. Aufgrund des kriegsbedingt großen Verbrauchs hatte die kolumbianische Regierung damals ein wachsendes Interesse am Aufbau entsprechender Herstellungs- und Wartungskapazitäten im eigenen Land. Mit Zustimmung der Bundesregierung erhielt der staatliche Rüstungskonzern Industria Militar (INDUMIL) in den Jahren vor 1973 Lizenzen von H&K für die Produktion von G3, MP5 und HK21, für die Teile aus Deutschland zugeliefert werden mussten.⁵⁷ Mit Hilfe der bundeseigenen Fritz Werner GmbH wurde eine Anlage zur Produk-

tion der benötigten Munition aufgebaut. Sowohl für die Bundesregierung als auch für H&K lag der Mehrwert eines solchen Vorgehens auf der Hand: »Durch Zubehörlieferungen der hier beantragten Art wird Kolumbien von Munitionsimporten unabhängig, was nicht zuletzt auch unseren Zielsetzungen, Lieferungen nach dem KrWaffKontrG in Länder wie Kolumbien zu unterbinden, entspricht.«⁵⁸ Der Transfer von Know-how wurde also als vorteilhaft betrachtet, weil man künftig nicht mehr mit den problematischen Genehmigungsanträgen für ein Bürgerkriegsland konfrontiert werden würde. Ende der 1980er Jahre kam die Zusammenarbeit im KLV-Bereich anscheinend zum Erliegen. Im Zusammenhang mit den kolumbianischen Überlegungen zu einem Nachfolgemodell für das Sturmgewehr G3 signalisierte die Bundesregierung ihre Bedenken, verlässlich den Export von Gewehrteilen gewährleisten zu können.⁵⁹ Die kolumbianische Regierung entschied sich daraufhin für die Lizenzproduktion des israelischen Galil-Sturmgewehrs.

Nicht nur die kolumbianischen Streitkräfte nutzten deutsche Waffen: Sowohl die MP5 als auch G3-Sturmgewehre sind im Laufe der Zeit als Beutewaffen und durch illegalen Weiterverkauf in die Hände der FARC und ELN gelangt. Es gab offenbar auch Versuche diese Waffen auf dem internationalen Markt einzukaufen: 1988 wurden in Jamaica 1.000 G3-Gewehre und 250 Maschinengewehre HK21 von Heckler & Koch beschlagnahmt, die für die FARC bestimmt waren.⁶⁰ Mindestens ein Fall wurde bekannt, in dem G3-Sturmgewehre bzw. deren 5,56mm Variante HK33 aus den Beständen der peruanischen Nationalgarde illegal nach Kolumbien gebracht

-
- 55** Natalia Springer (2012): *Como Corderos Entre Lupos*. Springer Consulting Services, S. 27 & 30; Evan Fagan/Evan Owens (2016): *The FARC and Child Soldiers – A Question of Reintegration*. Insight Crime, 25. 5. 2016; Weltbank (2008): *Colombia Peace Programmatic 1 – Demobilization and Reinsertion of Ex-Combatants in Colombia*. Weltbank Bericht Nr. 39222-CO/2008, S. 33.
- 56** Nicolás Urrutia/Miguel Ortega/Gustavo Andrade (2009): *Arms Tracing in Colombia*. Fundacion Ideas Para La Paz, S. 7; Roman Deckert (2007): *Una Historia de la Violencia – Deutsche Waffen in Kolumbien*. DAKS, Kleinwaffen Newsletter, August 2007, S. 2.
- 57** Es ist nicht eindeutig belegt, dass INDUMIL die Lizenz für eine G3 Produktion genutzt hat, siehe Urrutia (2009), S. 43.
- 58** Deckert (2007), s. o., S. 2.
- 59** Urrutia (2009), s. o., S. 43.
- 60** Ivelaw L. Griffith (1997): *Illicit Arms Trafficking, Corruption, and Governance in the Caribbean*. In: Dickson Journal of International Law, Nr. 3/1997, S. 488.

wurden. Auch aus Ekuador wurden erhebliche Mengen von Kleinwaffen (u. a. HK33) ins Land geschmuggelt oder halblegal durch private Sicherheitsfirmen gekauft und dann weitergegeben.⁶¹ Der Waffenschmuggel nach Kolumbien scheint bis heute im größerem Maßstab zu erfolgen. Allein zwischen 2010–2013 wurden dort mehr als 150.000 Kleinwaffen beschlagnahmt.⁶²

Auch Waffen aus DDR-Produktion kamen im kolumbianischen Bürgerkrieg zum Einsatz. Die FARC- und ELN-Guerilla wollten die Varianten des russischen Sturmgewehrs AK47 quasi als Standardbewaffnung einführen. Zu den Gründen dafür gehörte die leichtere und billigere Verfügbarkeit von passender Munition auf dem illegalen Waffenmarkt.⁶³ Über den Umweg Peru gelang es beiden Bürgerkriegsparteien 1999 mehr als 10.000 Waffen dieser Typen ins Land zu schmuggeln. Arrangiert wurde das Waffengeschäft mit Hilfe des peruanischen Wafenhändlers Vladimiro Montesino. Mit Wissen der CIA sollten 50.000 Waffen, die ursprünglich aus der DDR stammten und zumindest zum Teil dort in sowjetischer Lizenz hergestellt worden sind, über Jordanien an Peru geliefert werden. Von dieser Lieferung leitete Montesino dann eine Tranche von 10.000 an die kolumbianischen Rebellen weiter.⁶⁴

In den Waffenarsenalen der paramilitärischen AUC fanden sich die gleichen Waffentypen, u. a. wurden von der FARC und ELN erbeutete MPiKM aus DDR-Produktion sichergestellt. Die paramilitärischen Todesschwadronen setzten zudem auch G3-Sturmgewehre ein.⁶⁵ Viele Waffen gelangten aber auch durch illegale Weiterexporte in ihre Hände. Bei der AUC wurden unter anderem MP5 sichergestellt, die vorher aus Großbritannien an die jugoslawische Polizei während des dortigen Bürgerkrieges geliefert worden waren.⁶⁶ Eine im Rahmen der Demobilisierung durchgeführten Erfassung der abgegebenen AUC-Waffen kam zu dem Ergebnis, dass der Anteil deutscher Waffen bei 5 % lag.⁶⁷

Deutsche Pistolen immer dabei

Im Schatten der Gewehrlieferungen fanden auch deutsche Pistolen in großer Stückzahl ihren Weg nach Kolumbien. Das Unternehmen Carl Walther GmbH mit Sitz in Ulm, heute ein Tochterunternehmen der PW Gruppe, hat erhebliche Mengen Pistolen an Kolumbien verkauft. Eine Untersuchung zum Waffenbesitz 2009 ergab, dass sich mehr als 21.000 Walther-Pistolen (etwa 25 % der zugelassenen Pistolen) im Privatbesitz befanden.⁶⁸ Der kolumbianische Rüstungskonzern INDUMIL bietet u. a. die Walther-Pistole P99 zum Kauf an. Unklar bleibt allerdings, wie diese Pistolen ins Land gekommen sind. Eine Lizenzproduktion in Kolumbien ist nicht bekannt und nach Angaben der Bundesregierung wurde auf jeden Fall keine Ausfuhrlizenz für die seit 1996 produzierten Walther P99 an Kolumbien vergeben.⁶⁹ Seit 2014 ermittelt in Deutschland deswegen die Staatsanwaltschaft gegen die Carl Walther GmbH wegen eines Verstoßes gegen die Exportbestimmungen.

Deutsche Pistolen stehen bis heute bei den kolumbianischen Sicherheitskräften hoch im Kurs. In den letzten 10 Jahren wurden zahlreiche Pistolen der deutschen Firma Sig Sauer mit Sitz in Eckernförde importiert – allerdings wohl nicht direkt aus Deutschland, sondern über die USA. Wahrscheinlich hat die U.S.-amerikanische Tochterfirma Sig Sauer Inc. die Pistolen bzw. Teile aus Deutschland importiert und zusammengebaut. Anschließend wurden sie, wahrscheinlich finanziert durch das U.S. Foreign Military Sales Programm, an Kolumbien verkauft und exportiert. Bereits 2006 soll die US-Regierung Verträge mit Sig Sauer über die Produktion von 65.000 Pistolen und 500 SSG3000 Scharfschützengewehren im Wert von 26,8 Mio. USD abgeschlossen haben. In den beiden Folgejahren wurden zumindest Pistolen im Wert von 6,4 Mio. USD geliefert. Die

61 UNODC (2006): *Violence, Crime and Illegal Arms Trafficking in Colombia*. S. 39; Kim Cragin/Bruce Hoffman (2003): *Arms Trafficking and Colombia*. RAND Report MR-1468, S. 19; Katherine Aguirre/Robert Muggah/Jorge A. Restrepo/Michael Spagat (2006): *Colombia's Hydra*. In: *Small Arms Survey 2006*, Chapter 9, S. 8.

62 UNODC (2015): *Study on Firearms*. S.15f.

63 Urrutia (2009), S. 18.

64 Pablo Morales (2008): *Colombia and Brazil: Deadly Diversions*. NACLA Report on the Americas, S. 34f.; UNODC (2006), s. o. 26ff, Urrutia (2009), s. o., S. 16ff.; Jeremy McDermott (2004): *Colombia struggles to counter arms smuggling*. In: *Jane's Intelligence Review*, 18. 11. 2004.

65 El Pais (2007): *Policia decomisa arsenal de las »Aguilas Negras«*. 8. 6. 2007.

66 Urrutia (2009), s. o. S. 32 und *Der Spiegel* Nr. 18/1992, S. 86.

67 Urrutia (2009), s. o., S. 30. Allerdings ist davon auszugehen, dass im Rahmen von Entwaffnungsprogrammen häufig die moderneren Waffen in Verstecken gelagert werden oder an Dritte verkauft werden.

68 Katherine Aguirre/Oscar Becerra/Simon Mesay/Jorge A. Restrepo (2009): *Assessing the Effect of Policy Interventions on Small Arms Demand in Bogota, Colombia*. CERAC Documents, S. 15.

69 Deutscher Bundestag (2014a), Drucksache 18/2238, S. 13; Jürgen Grässlin /Daniel Harrich/Danuta Harrich-Zandberg (2015): *Netzwerk des Todes*. S. 46ff.

US-Regierung berichtete im Oktober 2008, dass die kolumbianischen »Jungla«-Kompanien, die Operationen gegen Drogenbanden und FARC durchführen, 800 Magazine und 300 Sig Sauer Pistolen erhalten hätten.⁷⁰ Für den Zeitraum 2009–2012 wurde dann ein wesentlich umfangreicheres Programm aufgelegt. Es sah die Lieferung von bis zu 300.000 Sig Sauer Pistolen der Typen SP2022, P226 und P228 an die U.S.-Army vor mit einem geschätzten Auftragswert von 306–350 Mio. USD. Auch bei diesem Programm war von Anfang an klar, dass zumindest ein Teil dieser Waffen im Rahmen der U.S.-Militärhilfe an andere Staaten weitergegeben werden könnte. Inwieweit dieses Gesamtvolumen ausgeschöpft worden ist, lässt sich nicht feststellen. Sicher ist jedoch, dass 2009 zwei Lieferungen von insgesamt 103.000 Sig Sauer Pistolen mit einem Wert von 46 Mio. USD vereinbart worden sind.⁷¹ Während dieser Waffengeschäfte wurde die Bundesregierung weder durch Sig Sauer noch durch die U.S.-Regierung über die geplanten Reexporte informiert – wahrscheinlich weil man nicht mit einer Genehmigung aus Deutschland gerechnet hatte. Beantragt wurde nur eine Genehmigung für den Export von Waffenteilen in die USA zum dortigen Endverbleib. Aus diesem Grund hat die Staatsanwaltschaft in diesem Fall 2014 die Ermittlungen aufgenommen.

Aus den Fehlern lernen?

Die deutschen KLW-Exporte an Kolumbien sind ein Paradebeispiel für die langfristigen Folgen einer fahrlässigen Rüstungsexportpolitik. Heckler & Koch durfte bis in die 1980er Jahre mit Zustimmung der Bundesregierung Gewehre, Maschinengewehre und Maschinenpistolen im großen Umfang nach Kolumbien exportieren. Darüber hinaus wurden sogar trotz des Bürgerkrieges Lizenzen für die Produktion von Waffen und Munition gewährt. Hierzu stellte das Auswärtige Amt sogar 1973 fest: »Zur Zeit ist [die verfassungsmäßige Ordnung] in einzelnen Landesteilen durch bewaffnete Banden oder subversive Gruppen gestört und die Streitkräfte haben sich verstärkt der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Normalität zu widmen. Ihre Ausrüstung mit Waffen, die für diese besonderen Aufgaben geeignet sind, ist daher zur Zeit vordringlich.«⁷²

Unzureichende Kontrollen und das fehlende Interesse der Bundesregierung daran, wohin am Ende deutsche Waffenlieferungen weitergeleitet werden, sorgten offenbar wiederholt für Nachschub im kolumbianischen Bürgerkrieg – bis in die letzten Jahre. Spätestens in den 1990er Jahren kämpften alle Konfliktparteien, und damit

ebenso die Kindersoldaten in den Reihen der FARC, ELN und AUC, wenigstens zum Teil auch mit deutschen Waffen.

Seit Anfang der 1990er Jahre agierte die Bundesregierung zumindest bei den direkten Kleinwaffenexporten nach Kolumbien vorsichtiger. In den letzten 10 Jahren wurden auf jeden Fall keine Genehmigungen mehr für Kleinwaffen im Sinne der deutschen Definition oder Munition erteilt. Bei den Exportgenehmigungen für Herstellungsausrüstung, Fabrikationsteile und Know-how lässt sich aufgrund fehlender Detailangaben nicht feststellen, ob diese einen Bezug zu KLW haben. Die Auswertung der DESTATIS Informationen zum Export von »zivilen« Handfeuerwaffen ergibt ein ähnliches Bild: Insgesamt wurden seit 2002 nur in geringem Umfang vermeintlich »zivile« Pistolen & Revolver (1.468) und »Sport- und Jagdgewehre« (625) nach Kolumbien exportiert.

Schließlich zeigt sich am Beispiel Kolumbiens erneut, dass den offiziellen Statistiken nur eingeschränkt vertraut werden kann. Deutschland hat zwischen 2006–2008 keinen KLW-Export nach Kolumbien an das UN-Waffenregister UNROCA gemeldet. Kolumbien dagegen berichtete 2007 den Import von Revolvern & Pistolen sowie Gewehren und Karabinern aus Deutschland, schlüsselte diesen aber nicht weiter auf. Ähnliches zeigt sich bei den DESTATIS-Zahlen: Nach kolumbianischen Angaben an die UN-Statistikbehörde COM-TRADE wurden doppelt so viele Pistolen importiert wie Deutschland an DESTATIS als Export gemeldet hatte.⁷³

-
- 70** Grässlin (2015), s. o., S. 57–59; Volkmar Kabisch/Frederik Obermaier/Bastian Obermayer (2014): Scharfschützengewehre fürs Bürgerkriegsland. Süddeutsche Zeitung, 9. 8. 2014; U.S. Department of Defense (2009): Report to Congress on Department of Defense Sales of Significant Military Equipment to Foreign Entities Fiscal Year 2008; U.S. Botschaft in Kolumbien (2008): NAS Monthly Report for August. Wikileaks Public Library of US Diplomacy (online), 13. 10. 2008.
- 71** Defense Industry Daily (2009): 9mm SIGs for the World – 2009–2015. Defense Industry Daily (online) 15. 9. 2009; Sig Sauer Inc. (2009): SIG SAUER, Inc. Secures a USD 306 Million Pistol Contract by the U.S. Army's Materiel Command. Pressemitteilung, 3. 4. 2009; U.S. Department of Defense (2010): Report to Congress on Department of Defense Sales of Significant Military Equipment to Foreign Entities – Fiscal Year 2009.
- 72** Archiv des Auswärtigen Amtes (1973): Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 6. 2. 1973. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Band 86, Zwischenarchiv 117161.

Diese Widersprüche passen zur großen, aber letztlich undurchschaubaren Verbreitung deutscher Pistolen in Kolumbien. Die Exportgeschäfte von Walther- und Sig Sauer-Pistolen nach Kolumbien sind zudem ein Beispiel dafür, wie die Ausklammerung von Pistolen aus der deutschen Kleinwaffendefinition einen substantiellen Teil deutscher Kleinwaffenexporte in Krisengebiete und bewaffnete Konflikte mit Kindersoldaten und Kindersoldatinnen im Dunkeln lässt.

In Anbetracht der Verpflichtungen, die sich aus der Kinderrechtskonvention und den Fakultativprotokollen, dem ATT sowie den Politischen Grundsätzen ergeben, sollte die Bundesregierung von weiteren K LW-Exporten nach Kolumbien Abstand nehmen und vor allem auch Exporte über Drittländer unterbinden. Die Volksabstimmung im September 2016 hat gezeigt, dass der Friedensprozess auf höchst wackeligen Beinen steht. Ein solcher Prozess kann scheitern, wenn eine der Konfliktparteien zu der Auffassung gelangt, dass ihre Interessen politisch nicht ausreichend gewahrt werden oder sie ihre militärischen Erfolgsaussichten für besser hält. Dazu können Waffenlieferungen bzw. schon die Aussicht auf solche beitragen. Zugleich besteht die Gefahr, dass sich radikalere Fraktionen einer zum Friedensschluss bereiten bewaffneten Gruppe abspalten und den bewaffneten Kampf weiterführen. Die Auflösung der AUC sollte ein mahnendes Beispiel sein. Parallel zum Demobilisierungsprozess der AUC begannen die sogenannten *Bandas Criminales* (BACRIM) sich in Kolumbien auszubreiten. Sie bestehen zum Teil aus demobilisierten AUC-Kämpfern, übernahmen einen Teil des AUC-Waffenarsenals und nutzten deren alte Netzwerke, um sich weitere Waffen zu kaufen. Die Zahl ihrer Kämpfer wird heute auf 4.600-8.000 geschätzt und in ihren Reihen soll der Anteil der Minderjährigen bei etwa 50 % liegen.⁷⁴

2.3.2. Syrien und Irak

»Wir sind um 5 Uhr aufgestanden, um zu beten und haben dann gefrühstückt. Dann hatten wir eine militärische Unterweisung im Waffengebrauch, dann Religionsunterricht, dann Mittagsgebete, dann Unterweisung im Bau und Einsatz von Bomben und Minen.«⁷⁵

Omar, der mit 14 Jahren Jabhat al-Nusra beiträt.

Im Kontext des »Arabischen Frühlings« 2011 begann in Syrien ein Bürgerkrieg, der innerhalb von nur vier Jahren zu einem der blutigsten Konflikte eskalierte, die derzeit das Weltgeschehen prägen und auch den Krieg im Irak wieder entfachte. Neben der Freien Syrischen Armee (FSA) und der Islamischen Front (IF) kämpften der Islamische Staat im Irak und in Syrien (ISIS/ISIL) und die kurdische Allianz zwischen den syrischen Selbstverteidigungskräften (YPG), der türkischen PKK und den irakischen Peschmerga gegen die syrische Regierung. Die diversen Konfliktparteien erhalten finanzielle und militärische Unterstützung aus unterschiedlichen Ländern – vor allem aus Katar, Russland, Saudi-Arabien, Türkei, USA und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), aber auch von Deutschland. Dementsprechend ergießt sich eine Flut von Waffen und Gerät nach Syrien und in den benachbarten Irak. Die Bürgerkriege in diesen beiden benachbarten Staaten sind, was die bewaffneten Akteure und deren ausländische Unterstützer angeht eng miteinander verknüpft.

73 2005 meldete Kolumbien an UN COMTRADE den Import von 1.387 Pistolen & Revolver im Wert von knapp 0,5 Mio. USD während bei DESTATIS weder 2004 noch 2005 Exporte gemeldet wurden. Die Auswertung der UN Comtrade Daten erfolgte über das Portal der Norwegian Initiative on Small Arms Transfers (NISAT): nisat.prio.org

74 International Crisis Group (2012): *Dismantling Colombias New Illegal Armed Groups*. Latin America Report Nr. 41/2012, S. 1; Springer (2012), s. o., S. 30.; Andy Webb-Vidal (2009): *Back from the dead – New criminal groups emerge in Colombia*. Jane's Intelligence Review 17.4.2009

75 Human Rights Watch (2014a): *Maybe We'll Live, Maybe We'll Die*. S. 26 (Übersetzung des Autors).

Kindersoldaten auf allen Seiten

Die Bevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder, werden zwischen den vielen Fronten aufgerieben und angesichts der zunehmenden Willkür auch in den Krieg hineingezogen. Sowohl in Syrien als auch im Irak werden Schulen und Krankenhäuser beschossen. Kinder werden gezielt angegriffen und verstümmelt. Inzwischen gibt es keinen Zweifel mehr daran, dass Minderjährige auf Seiten der Aufständischen rekrutiert werden.⁷⁶ Insbesondere die syrisch-irakische ISIL greift in beiden Ländern im großen Maßstab auf Mädchen und Jungen zurück. Berichten zufolge hat ISIL z. B. 2015 etwa 1.000 Kinder der Jeziden-Gemeinde entführt und zwangsrekrutiert. Bereits im irakischen Bürgerkrieg hat der Islamische Staat Kinder eingesetzt. Minderjährige werden verstärkt als Selbstmordattentäter eingesetzt. Auch die Freie Syrische Armee und Islamische Front, bzw. deren stärkste Fraktionen Al-Nusrah (heute Dschabhat Fatah asch-Scham) und Jaysh Al Islam, rekrutieren Minderjährige. Eine wichtige Nachschubquelle für die bewaffneten Gruppen sind die stetig wachsenden Flüchtlingslager in Jordanien, Libanon und Türkei.⁷⁷

Die kurdischen Milizen der türkischen PKK blicken auf eine lange Tradition der Rekrutierung von Minderjährigen zurück. Bereits Mitte der 1990er Jahre wurden Minderjährige im Kampf gegen die türkische Armee eingesetzt. Nach Angaben der UNO rekrutierte die PKK 2015 sogar auch im Irak Kinder.⁷⁸ Auch die syrischen Selbstverteidigungskräfte (YPG) haben Kinder nachweislich zwangsrekrutiert und bewaffnet. Erst auf internationalen Druck hin hat das YPG-Oberkommando 2013 zumindest offiziell darauf verzichtet, Kinder bei Kampfhandlungen einzusetzen. 2014 wurde das Mindestalter für den Militärdienst auf 18 angehoben. Trotzdem sollen bewaffnete Kinder nach wie vor z. B. bei Straßenkontrollen und Patrouillen eingesetzt worden sein.⁷⁹ Bei den irakischen Peschmerga wurde die Zwangsrekrutierung von Minderjährigen 2002 eingestellt. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass sich in den Jahren danach Minderjährige »freiwillig« den Peschmerga anschließen durften.⁸⁰ Ob die Peschmerga auch heute noch Minderjährige in ihren Reihen haben, ist nicht bekannt.

Im Irak haben verschiedene sunnitische und schiitische Milizen immer wieder Kinder rekrutiert und eingesetzt. Gegenwärtig scheinen vor allem die 2014 gegründeten sogenannten Popular Mobilisations Forces (PMF) Minderjährige für die Unterstützung der militärischen Offensiven im Nordirak zu rekrutieren und auszubilden. Obwohl diese Praxis bekannt ist, wurde die PMF 2016 aufgewertet und offiziell als unabhängige militärische Organisation in die irakischen Sicherheitskräfte eingegliedert.⁸¹

-
- 76** Vgl. hierzu die jeweiligen UN-Jahresberichte für die Jahre 2013 (UN-Dok. S/2013/245, S. 34), 2014 (UN Dok. S/2014/339, S. 30) und 2016 (UN Dok. S/2016/360, S. 11f. und 23f.) sowie UNO (2015a): Report on children and armed conflict in Iraq 2015. UN-Dok. S/2015/852 S. 10; Human Rights Watch (2014a), s. o., S. 13ff.
- 77** Tone Sommerfelt/Mark B. Taylor (2015): The big dilemma of small soldiers – Recruiting children to the war in Syria. Norwegian Refugee Foundation; Marina Eleftheriadou (2015): The dawn of the »refugee-warriors« – rebel recruitment among the Syrian refugee, in: Middle East Bulletin Nr. 1/2015, S. 9ff.; UN (2016), s. o., S. 23.
- 78** Peter Singer spricht von 3.000 Kindern bei der PKK, siehe Singer (2010), s. o., S. 19; UNO (2016), s. o., S. 11.
- 79** Vgl. hierzu Human Rights Watch (2014b): Under Kurdish-Rule – Abuses in PYD-Run Enclaves of Syria. S. 45f.; KurdWatch (2015): Forcible recruitments and the deployment of child soldiers by the Democratic Union Party in Syria. KurdWatch Report Nr. 10/2015; sowie die verschiedenen UN-Jahresberichte 2013–2015, siehe Fußnote 75.
- 80** Siehe anekdotischen Bericht von Anna Badkhan (2003): 7 year kurds – I like war. San Francisco Chronicle; 6. 4. 2003.
- 81** Zur Rekrutierung von mehr als 200 Kindern siehe Associated Press (2015): Iraqi Militias Train Young Teen To Face The Threat of Islamic State. 28. 7. 2015; UNO (2016), s. o., S. 11; UNO (2015a), s. o.; Roggio, Bill/Toumaj, Amir (2016): Iraq's prime minister establishes Popular Mobilization Front as a permanent »independent military formation«. Long War Journal, 28. 7. 2016.

Viele Wege führen ins Kriegsgebiet

Zuverlässige Informationen zur Bewaffnung der Konfliktparteien in Syrien oder dem Irak, die eine systematische Auswertung erlauben, gibt es nicht. Verfügbar sind nur Einzelangaben unterschiedlicher Genauigkeit und Verlässlichkeit. Das gilt auch im Hinblick auf die Lieferung an und den Einsatz deutscher Waffen durch die Konfliktparteien. Quantitativ spielen deutsche Rüstungsexporte nur eine untergeordnete Rolle. Seit Jahrzehnten war Russland der Hauptlieferant der syrischen Streitkräfte. Auf der anderen Seite übernahmen während des Bürgerkriegs vor allem Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, die Türkei und die USA die Waffenbeschaffung für Freie Syrische Armee und Islamische Front.⁸² Insgesamt ist die nach 2011 einsetzende massive Aufrüstungswelle allerdings ein anschauliches Beispiel dafür, wie sehr der rücksichtslose internationale Waffenhandel Konflikte und Gräueltaten im großen Stil befördert und auch deutsche Waffen in die Hände der Konfliktparteien spült.

Insbesondere durch die Fusion der irakischen ISI mit der syrischen ISL gelangten deutsche Waffen nach Syrien. Durch die Desertion ganzer irakischer Einheiten und die Plünderung ganzer Waffenarsenale wurde die regionale Proliferation von Kleinwaffen massiv begünstigt. Auch deutsche K LW wurden dabei erbeutet und gerieten in die Hände von ISIS, der FSA und den Kurden. Ein Beispiel sind eine unbekannte Zahl von Walther P99 Pistolen, mit denen die irakischen Polizeikräfte seit 2004 ausgestattet worden sind (siehe Schaubild 5). Hinzu kommt in größerer Stückzahl das vom deutsch-französischen Unternehmen Euromissile in den 1980er Jahren vor allem an den Irak aber auch an Syrien gelieferte Panzerabwehrraketensystem MILAN.⁸³ Es befindet sich nun sowohl in den Arsenalen der syrischen Armee, als auch der ISIS und der FSA. Inzwischen sollen auch G36-Sturmgewehre in die Hände der ISIS gelangt sein – wobei unklar ist, ob aus Deutschland oder aus Saudi Arabien.⁸⁴ Die bewaffneten Gruppen sind auch in den Besitz älterer Handgranaten des Typs DM41 gelangt.⁸⁵ Und erneut finden sich in den Händen der syrischen und irakischen Konfliktparteien auch AK47-Gewehre aus DDR-Lizenzproduktion (etwa 8 % der sichergestellten AK47) sowie ältere Munition mit dem Prägestempel der VEB Mechanische Werkstätten Königswërtha.⁸⁶ Unklar bleibt, wie diese nach Syrien gelangt sind. Es könnte sich sowohl um Restbestände der DDR-Waffenlieferungen während des irakisch-iranischen Krieges handeln, als auch um Lieferungen aus der Türkei (siehe Info-Box 8).

Während direkte Rüstungsexporte aus Deutschland nach Syrien bis heute eine Ausnahme blieben, begannen die Waffenlieferungen in den Irak seit 2003 auf ein vergleichsweise hohes Niveau zu steigen. Jedes Jahr wurden Exporte von Kleinwaffen genehmigt, wobei zunächst viele der direkten Genehmigungen im Zusammenhang mit der UN Assistance Mission Iraq (UNAMI) standen. Auffällig sind die umfangreichen Lieferungen von deutschen Pistolen in den Irak, die sowohl aus Deutschland, Polen und den USA erfolgten:

-
- 82** Zu den Herkunftsländern und Routen der Waffenlieferungen siehe Lawrence Marzouk/Ivan Angelovski/Miranda Patrucic (2016): *Making a Killing – the 1,2 Billion Arms Pipeline to Middle East*. BIRN, 27. 6. 16; Pieter D. Wezeman (2013): *Arms Transfers to Syria*. SIPRI Jahrbuch 2013, S. 269ff.
- 83** In den 1980er Jahren wurden vom deutsch-französischen Unternehmen Euromissile wenigstens 4.000-4.500 MILAN-Systeme an den Irak geliefert und in einem ähnlichen Umfang auch an Syrien.
- 84** Amnesty International (2015): *Taking Stock – The Arming of the Islamic State*. Dezember 2015, S. 12.
- 85** Siehe Thomas Wiegold (2014): *Deutsche Waffen in der Hand der ISIS – Nicht von der Bundeswehr*. www.augengeradeaus.de, 21.10.2014; Deutscher Bundestag (2014b), Drucksache 18/3115.
- 86** Conflict Armament Research (2015): *Islamic State Weapons in Kobane*. April 2015. S. 28; N.R. Jenzen-Jones (2014): *Following the Headstamp Trail*. Small Arms Survey, Working Paper Nr. 18/2014, S. 24.

Schaubild 5: Beschlossene Waffenlieferungen an die Autonomiebehörde Irakisch-Kurdistan 2014–2016⁸⁹

Stückzahl	Waffen	Stückzahl	Munition für den jeweiligen Waffentyp
8.040	Walther P1 Pistolen	1,13 Mio.	Munition
12.080	G3-Sturmgewehre	12,4 Mio.	Munition (z.T. auch für MG3, da gleicher Munitionstyp)
12.080	G36-Sturmgewehre	14 Mio.	Munition
50	MG3 Maschinengewehre	1,5 Mio.	Munition
62	MILAN Panzerabwehrwaffen	1.200	Raketen
400	Panzerfaust 3	4.900	Munition
43	schwere Panzerfäuste	800	Übungsmunition
20.000	Handgranaten DM51	1.060	60 Munition

- Bereits 2004/05, also kurz nach der Eroberung Iraks durch die US-geführte Koalition, wurden nach DESTA-TIS-Angaben mehr als 10.000 »zivile« Pistolen in den Irak exportiert.
- Zwischen 3.000-6.000 Walther P99 Pistolen wurden von der polnischen Firma Radom in Lizenz als FB P99 produziert und an die irakischen Sicherheitskräfte ausgeliefert.⁸⁷
- Die U.S.-Regierung hat der irakischen Übergangsregierung 2004 mehr als 1.100 Walther P99 zur Verfügung gestellt. Zusätzlich soll Sig Sauer ab 2005 über ihr US-amerikanisches Tochterunternehmen 5.000 P2022 Pistolen an die irakische Polizei geliefert haben, finanziert durch das Tank Automotive Command der U.S.-Streitkräfte (TACOM). Außerdem wurden zwischen 2003–2006 auch noch 518 H&K MP5 für das irakische Innenministerium gekauft.⁸⁸

Im Jahr 2014 beging die Bundesregierung dann einen Tabu-Bruch: Erstmals hat die Bundesregierung sich offiziell und offensiv für die Belieferung einer nicht der NATO angehörigen Kriegspartei eingesetzt. Mit den Peschmerga bzw. der Irakisch-Kurdischen Autonomieregierung wurde – noch dazu trotz eines UN- und EU-Waffenembargos – ein nicht-staatlicher Akteur offen durch erhebliche Waffenexporte aufgerüstet. Insgesamt wurden zwischen August 2014 und Dezember 2015 drei Lieferungen von Kleinwaffen und Leichten Waffen aus Bundeswehrbeständen beschlossen.

Proliferation deutscher Kleinwaffen garantiert

Die Waffenlieferungen an die Peschmerga und die Präsenz der unterschiedlichsten deutschen KLW in Syrien und dem Irak zeigen, wie opportunistisch Regierungsbauptungen sind, dass man Waffen in Drittstaaten nur an verlässliche Bündnispartner liefert. Die Peschmerga, obwohl eindeutig Kriegspartei und zudem nicht-staatlicher Akteur, sind über Nacht zu einem größeren Empfänger deutscher Kleinwaffen geworden.

- ⁸⁷ Jane's Defence Weekly (2004): Polish Bumar enters Iraqi Market. 1. 11. 2004; US-Botschaft Turkey (2006): Turkey worried about PKK arms smuggling from Iraq. Wikileaks Public Library of US Diplomacy (online), 19. 4. 2006.
- ⁸⁸ Special Inspector General for Iraq Reconstruction (2006): Iraqi Security Forces – Weapons Provided by U.S. Department of Defense Using the Iraqi Relief and Reconstruction Fund. SIGIR Report 06-033, 6. 10. 2006, S. 4; Georg Mascolo/Volkmar Kabisch/Christian Baars (2014): »Gingen Tausende Pistolen illegal an den Irak«. NDR, 10. 9. 2014.
- ⁸⁹ Insgesamt wurden drei Ausrüstungspakete beschlossen (August 2014, Februar 2015, Dezember 2015), die mittlerweile vollständig ausgeliefert wurden. Siehe: BMVg (2014): Unterstützung der Regierung der Autonomen Region Irakisch-Kurdistan bei der Versorgung der Flüchtlinge und beim Kampf gegen den Islamischen Staat im Nordirak. Informationspapier, 31. 8. 2014; BMVg (2015): Fortsetzung der deutschen Unterstützungsleistungen für den Irak im Kampf gegen ISIS. Informationspapier, 5. 2. 2015; Thomas Wiegold (2015): Neues Waffenpaket für den Kampf gegen ISIS – 4.000 G36 für die Peshmerga. AugenGeradeaus (online), 17. 12. 2015.

Die Waffenlieferungen sind zudem an geringe Auflagen gebunden. Die irakisch-kurdische Autonomiebehörde musste zunächst lediglich »zusichern«, dass die Waffen auch nur von den Peschmerga genutzt werden.⁹⁰ Der Bundesregierung fehlten jegliche Kontrollmöglichkeiten. Praktischerweise wurden die »Post-shipment-Kontrollen« erst im März 2015, also einen Monat nach Bewilligung des 2. Hilfspakets, verkündet. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass in Irak und Syrien immer noch Weltkriegs-Karabiner des Typs Mauser K98 eingesetzt werden, gehört nicht viel Phantasie dazu, den jetzt gelieferten deutschen Sturmgewehren, Pistolen, Panzerfäusten und Panzerabwehrgeräten ein langes Leben auf den Schlachtfeldern des Nahen Ostens zu prophezeien. Mit der 2014/2015 bewilligten Militärhilfe hat die Bundesregierung die Grundlage dafür geliefert, dass deutsche Waffen noch auf Jahrzehnte von den bewaffneten Gruppen dort gehortet und eingesetzt werden können.

Dieses Waffengeschäft verletzt entscheidende Kriterien der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für die Genehmigung von Rüstungsexporten: Waffen werden trotz gültigen Embargos an eine nicht-staatliche Kriegspartei geliefert. Dabei heißt es in den Politischen Grundsätzen explizit in Abschnitt III, Punkt 5: »Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind.« Die Bundesregierung hat zudem keine besonderen Bemühungen unternommen, um den Endverbleib der deutschen Waffen bei den Peschmerga sicherzustellen. Angesichts der militärischen Zusammenarbeit zwischen den Peschmerga und den syrischen kurdischen Selbstverteidigungskräften der YPG besteht ein erhebliches Risiko der Weitergabe der K LW an diese und damit ein weiterer Beitrag zur langfristigen Destabilisierung der Region durch Rüstungsexporte. Vor allem aber bestehen keine Zweifel, dass sowohl in Syrien als auch im Irak

Minderjährige von vielen nicht-staatlichen Akteuren rekrutiert und eingesetzt werden. Dies sind Kriegsverbrechen und klare Verstöße gegen die Kinderrechtskonvention bzw. das 2. Fakultativprotokoll. Rüstungsexporte in solche Länder stehen damit im Prinzip im Widerspruch zu den Vorgaben der Politischen Grundsätze mit denen sich die Bundesregierung verpflichtet hat, bei Genehmigungsentscheidungen von Rüstungsexporten in Drittstaaten die Menschenrechtslage im Empfängerland zu einem ausschlaggebenden Faktor zu machen.

2.3.3. Philippinen

»Es gab keine richtige Ausbildung. Wenn wir für den Kampf gebraucht wurden, hat man uns einfach gesagt, dass wir schießen sollen.«⁹¹

16-jähriger philippinischer Kindersoldat, der mit 14 Jahren von der NPA rekrutiert wurde.

Seit Ende der 1960er Jahre schwelen auf den Philippinen bewaffnete Konflikte. Sie forderten bislang weit über hunderttausend Tote. Nichtstaatliche bewaffnete Gruppen, wie die islamische Moro Islamic Liberation Front (MILF), die maoistische New Peoples Army (NPA) und die islamistische Abu Sayyaf Gruppe (ASG), die sich vor allem terroristischer Anschläge bedient, kämpfen gegen die philippinischen Streitkräfte, die philippinische National Police (PNP) sowie diverse Selbstverteidigungsorganisationen: die Civilian Armed Forces Geographical Units (CAFGU), sogenannte Police Auxilliary Units (PAU) und Civilian Volunteer Organisations (CVO).⁹²

Minderjährige Milizen und Aufständische

Die Philippinen haben die Kinderrechtskonvention bereits 1990 unterzeichnet und entsprechende Erlasse und Gesetze verabschiedet. Trotzdem werden nach wie vor Minderjährige von Regierungsmilizen eingesetzt. Allerdings fehlt es jenseits von Einzelbeispielen an belastbaren Schätzungen über den Anteil der Minderjährigen in den CAFGU und CVO. Beide Milizen werden zudem entgegen ihrer ursprünglichen Konzeption als Verteidigungskräfte auch unter dem Kommando der Streitkräfte gegen Aufständische eingesetzt.⁹³

⁹⁰ Deutscher Bundestag (2016b), Drucksache 18/7211, S. 34f.

⁹¹ UNICEF (2002): Adult Wars, Child Soldiers. S. 38 (Übersetzung des Autors).

⁹² Übersicht zu den bewaffneten Gruppen in Cate Buchanan (Hrsg.) (2011): *Armed Violence in Mindanao – Militia and private armies*. Centre for Humanitarian Dialogue, S. 14–22; Diana Rodriguez (Hrsg.) (2010): *Primed and Purposeful – Armed Groups and Human Security Efforts in the Philippines*. In: *Small Arms Survey 2010*, S. 185.

⁹³ Cate Buchanan (2011), s. o.; Child Soldiers International (2012): *Louder than Words*. S. 30.

Die UNO schätzte 2008 den Anteil der Kindern an den etwa 11.000 Kämpfer der MILF auf 10% bis 30%.⁹⁴ Die Organisation vereinbarte 2009 einen Aktionsplan mit der UNO und verpflichtete sich, künftig auf die Rekrutierung von Minderjährigen zu verzichten. Allerdings räumte ein MILF-Kommandeur noch 2015 ein, dass in verschiedenen lokalen Gruppen weiterhin Minderjährige aktiv sein könnten. Auch die NPA soll zumindest 2015 noch Minderjährige eingesetzt haben. Die philippinische Regierung geht von etwa 340 Minderjährigen aus – bei einer geschätzten Gesamtstärke von 4.500 Kämpfern.⁹⁵ Über den Anteil der minderjährigen Kämpfer der Abu Sayyaf Group lässt sich kaum etwas sagen. Allerdings geht man aufgrund der häufigen Entführung von Kindern durch diese Gruppe davon aus, dass ein Teil der entführten Kinder auch in den Dienst als Kämpfer gepresst wird.

Deutsche Kleinwaffen in kleinen Mengen

Nicht erst seit dem »Global War Against Terror« der USA, bei dem auch die Abu Sayyaf Gruppe aktiv von den USA bekämpft wird, betrachten die USA die Philippinen als ihren Hinterhof. Traditionell bestehen enge Rüstungsbeziehungen zwischen beiden Staaten. Das Gros der philippinischen KLW-Bewaffnung ist U.S.-amerikanischen Ursprungs. Zudem verfügen die Philippinen über erhebliche nationale Produktionskapazitäten für Kleinwaffen und Munition. Trotzdem hat auch die deutsche Waffenindustrie vom Bürgerkrieg und der Unsicherheit auf den Philippinen profitiert.

Während der Marcos Diktatur begann in den 1970er Jahren ein massives Aufrüstungsprogramm für die philippinischen Sicherheitskräfte. Von Heckler & Koch gab es das Angebot, G3-Sturmgewehre durch das Staatsunternehmen Government Arsenal in Lizenz produzieren zu lassen.⁹⁶ Allerdings ist unklar, ob diese Lizenz in Anspruch genommen worden ist, da sich die philippinische Regierung für das US-amerikanische M16 Gewehr entschieden hat. Andererseits wurden zumindest noch in den 1990er Jahren G3-Sturmgewehre in den Beständen der philippinischen Streitkräfte aufgeführt.⁹⁷ Das Nachfolgemodell G36 wurde zumindest in kleiner Stückzahl von 377 Stück geliefert.⁹⁸

Die nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen verfügen über ähnliche Waffen wie die staatlichen Sicherheitskräfte. Plünderungen staatlicher Waffenarsenale waren sowohl für die MILF als auch die NPA der wichtigste Weg, an Waffen zu gelangen.⁹⁹ Darüberhinaus wurden

von der MILF vor allem über Malaysia Kleinwaffen und Munition ins Land geschmuggelt. Die NPA hat wahrscheinlich viele Kleinwaffen aus Vietnam erhalten. Unter der Schmuggelware befanden sich in den 1980er und 1990er Jahren auch deutsche Kleinwaffen. Mit Unterstützung Libyens gelangten z. B. G3-Sturmgewehre aus pakistanischer Lizenzproduktion in die Hände der Abu Sayyaf Group. Via Pakistan und Libyen soll auch die MILF HK33-Sturmgewehre und MP5 erhalten haben.¹⁰⁰

Ein weiterer Faktor für die Proliferation von Kleinwaffen auf den Philippinen ist die tief verwurzelte Korruption und Klientelpolitik in der Regierung. Waffen aus Polizeiarсенalen wurden immer wieder verkauft, die Waffenimportlizenzen einflussreicher Familien oder privater Sicherheitsdienstleister wurden nicht geprüft, genauso wenig wie ihre Waffenscheine.¹⁰¹ Nach einem Massaker an 57 Personen in der Provinz Maguindanao 2009 wurden bei dem örtlichen Gouverneur mehr als 1.200 Waffen sichergestellt, darunter sogar ein HK11-Maschinengewehr. Nur für einen Bruchteil konnten die entsprechenden Waffenscheine vorgelegt werden. Andere Familienmitglieder besaßen moderne MP7- und UMP40-Modelle von Heckler & Koch. Dieses Waffenarsenal war vor allem für die etwa 2.000 Mitglieder der lokalen CVO bestimmt, die offiziell die Gemeinde schützen sollte, in Wirklichkeit aber als Privatarmee und für die Bekämpfung der MILF eingesetzt wurde.¹⁰²

94 UNO (2008): Report on Children in Armed Conflict in Philippines. UN-Dok. S/2008/272, S. 5.

95 IRIN (2015): Philippines strives to end recruitment of child soldiers. (online) 20.5.2015.

96 David Capie (2002): Small arms production and transfers in Southeast Asia. Canberra Papers on Strategy and Defence Nr. 146, S. 69.

97 Capie (2002), s. o., S. 67.

98 Roman Deckert (2008a): Rice Not Guns. DAKS-Newsletter 30. 4. 2008; Deutscher Bundestag (2015b), Drucksache 18/4044, S. 16.

99 Raymund Jose G. Quilop (2010): Small Arms and Light Weapons in the Philippines, in: Rodriguez, s. o., S. 242; Jennifer Santiago Oreta (Hrsg.) (2011): Gun Proliferation & Violence. Ateneo Manila University, S. 12.

100 Capie (2002), s. o., S. 54, 75, 101f.

101 Oreta (2011), s. o., S. 12, Capie (2002), s. o., S. 76f.

102 Siehe z. B.: Ed Lingao (2010): Ampatuans used public office to amass mostly illegal guns. PCIJ, 3. 2. 2010; Ed Lingao (2011): Ampatuans tried to secure amnesty for cache of guns. PCIJ 22. 11. 2011; Cate Buchanan (2011), s. o., S. 22, 33, 37.



Zwei junge Soldaten in Myanmar (Burma) an einem Wachposten. Die burmesische Armee und mehrere bewaffnete Oppositionsgruppen setzen Kinder und Jugendliche als Soldaten ein.

Die Auswertung der jährlichen Rüstungsexportberichte und weiterer statistischer Angaben belegen, dass trotz des andauernden philippinischen Bürgerkrieges auch in der jüngeren Vergangenheit Rüstungsexporte an die Philippinen genehmigt worden sind. Dabei handelte es sich vor allem um Kleinwaffen sowie entsprechende Munition oder Technologie. Die Bundesregierung meldete seit 2004 Genehmigungen für den Export von fast 800 Sturmgewehren, 480 Maschinenpistolen, 31 Granatpistolen und 6 leichten Maschinengewehren. Hinzu kommen diverse Teile für die verschiedenen Waffen, wie z. B. 7.700 Teile für Gewehre. Außerdem wurden Genehmigungen für wenigstens 150.000 Schuss Munition für Maschinenpistolen und 130.000 Schuss Munition für Gewehre erteilt. Betrachtet man den gesamten Bereich der Handfeuerwaffen, so wurden nach Angaben von DESTATIS seit 2002 mehr als 11 Tonnen Gewehrmunition und Teile dafür, mehr als 4.300 »zivile« Pistolen und fast 900 »zivile« Gewehre und Karabiner geliefert.

Kleinvieh macht auch Mist

Die Bundesregierung hat kontinuierlich Kleinwaffenexporte an die Philippinen genehmigt, obwohl dort eindeutig interne bewaffnete Auseinandersetzungen stattfinden. Dies kann nur bedeuten, dass die Bundesregierung den Wortlaut der Politischen Grundsätze, die eigentlich Waffenexporte unter diesen Bedingungen an Drittstaaten ausschließen, in besonderer Weise interpretiert. Ob die Waffen an die Streitkräfte oder die Polizei geliefert wurden, ist im Fall der Philippinen am Ende unerheblich – zumal die Polizei bis 1998 unter dem Kommando des Verteidigungsministeriums stand. Armee, Polizei und Hilfsmilizen kooperieren im Rahmen militärischer Offensiven. In vielen Fällen kämpfen die Hilfsmilizen der CAGU und CVO auch eigenständig gegen MILF, NPA oder die ASG. Damit ist zudem die Wahrscheinlichkeit hoch, dass über kurz oder lang deutsche Kleinwaffen in den Besitz all derjenigen Gruppen gelangen, die Kindersoldaten einsetzen, sei es durch Weitergabe an die Hilfsmilizen oder als Beutewaffen oder durch illegale Weiterverkäufe an die MILF, NPA oder ASG.

Ähnlich wie bereits in Kolumbien beobachtet, müssen die Aktivitäten deutscher Kleinwaffenhersteller in den USA stärker im Blick behalten werden. Das vom U.S.-amerikanische Tochterunternehmen Sig Sauer Inc. für den zivilen Markt entwickelte halbautomatische Gewehr M400 wird auch in einer militärischen Variante angeboten. Die Philippinen haben im Juli 2016 entschieden, etwa 27.000 dieser Waffen von der Sig Sauer GmbH als »Basic Assault Rifles« für die Polizei zu kaufen. Derzeit läuft in den USA das Genehmigungsverfahren.¹⁰³ Dies liegt allerdings nicht an Bedenken wegen der Menschenrechtslage auf den Philippinen sondern an den allgemeinen Spannungen zwischen beiden Staaten über die weitere Ausgestaltung ihrer Militärbeziehungen.

Auch wenn Präsident Duterte sowohl mit der MILF als auch mit der NPA über einen Friedensprozess verhandelt, sollte weiterhin Abstand von Rüstungsexporten genommen werden.¹⁰⁴ Der Präsident hat keinen Zweifel daran gelassen, dass er den »Krieg gegen Drogen« auch mit militärischen Mitteln führen will. Dafür wurden die Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausgeweitet und auch ein neues Aufrüstungsprogramm beschlossen. Zudem ist Duterte ein Befürworter der menschenrechtswidrigen Praxis »extra-legaler Tötungen«, die schon während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Davaos zahlreiche Opfer forderte, darunter viele Jugendliche und Straßenkinder. Innerhalb der ersten drei Monate von Dutertes Präsidentschaft forderte der von ihm ausgerufene »Krieg gegen Drogen« bereits mehr als 2.500 Tote.¹⁰⁵ Der Verkauf von deutschen Waffen an philippinische Sicherheitsbehörden verstößt unter diesen Vorzeichen deutlich gegen die in den Politischen Grundsätzen formulierten Kriterien zur Achtung der Menschenrechte und völkerrechtlichen Normen.

2.3.4. Indien

»Kinder wurden an Handfeuerwaffen ausgebildet, abhängig von ihrer Größe und Statur: Wenn der Junge groß war, wurde ihm »six round rifles« gegeben, die hauptsächlich von der Polizei benutzt werden. Wenn er klein war, wurden ihm kleinere Waffen gegeben.«¹⁰⁶

Thimbu Oraon, begann mit 15 Jahren für die Maoisten zu kämpfen.

Indien gilt als einer der wichtigen strategischen Partner der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik in Asien. Vielleicht werden auch deshalb die vielen inneren Konflikte des Landes gerne ausgeblendet. Die indische Regierung spricht vorzugsweise von »bewaffneten zivilen Unruhen«, obwohl diese Konflikte zum Teil seit Jahrzehnten ausgetragen werden und jährlich mehrere tausend Opfer fordern. Am bekanntesten sind sicherlich die bewaffneten Auseinandersetzungen in den Provinzen Jammu und Kaschmir im Nordwesten Indiens an der Grenze zu Pakistan. Aber auch im Nordosten Indiens, in den »Seven Sister States« Assam, Arunachal Pradesh, Manipur, Meghalaya, Mizoram, Nagaland und Tripura wird seit mehreren Jahrzehnten gekämpft.¹⁰⁷ Eine weitere Konfliktregion im Osten an der Grenze zu Bangladesch umfasst die Bundesstaaten Andhra Pradesh, Bihar, Chhattisgarh, Jharkand, Madhya Pradesh, Maharashtra, Odisha, Uttar Pradesh, West Bengal. Hier kämpfen etwa 40 bewaffnete naxalitische Gruppen gegen die Zentralregierung.

-
- 103** Ryan Maass (2016): Duterte changes his mind, OKs U.S. assault rifle deal for Philippine police. Reuters (online), 15. 11. 2016; Percecto T. Raymundo/Jelly F. Musico (2016): It will be a loss for US if firearms deal won't push through: Dela Rosa. Philippines News Agency, 2. 11. 2016; Police Magazine (2011): Sig Sauer introduces M400 Carbine. (online) 30. 9. 2011.
- 104** Mit der MILF wurde von der Vorgängerregierung 2014 ein Friedensabkommen unterzeichnet, dessen Umsetzung aber noch nicht erfolgt ist. Auch mit der politischen Führung der NPA führt die Regierung derzeit Gespräche über ein Friedensabkommen.
- 105** Amanda Taub (2016): How Countries Like the Philippines Fall into Vigilante Violence. New York Times, 11. 9. 2016.
- 106** Child Soldiers International (2016): Lost Childhood – Caught in armed violence in Jharkand. S. 22.
- 107** Für einen Überblick über die Konflikte siehe Ajai Sahni (2002): Survey of Conflicts & Resolution in India's Northeast. South Asia Terrorism Portal (online); Asian Centre for Human Rights (2013): Indian Child Soldiers; Rahul Bedi (2002): India struggles to contain separatist violence in Tripura. In: Jane's Intelligence Review, 9. 9. 2002.

Viele bewaffnete Auseinandersetzungen = viele Kindersoldaten?

Sowohl auf Seiten der größeren bewaffneten nicht-staatlichen Gruppen als auch bei den Sicherheitskräften werden Kindersoldaten und Kindersoldatinnen eingesetzt. Das Asian Centre for Human Rights ging 2013 von etwa 500 Mädchen und Jungen in Jammu & Kaschmir sowie von 2.500 im Osten und Nordosten Indiens aus.¹⁰⁸ Diese Zahlen dürften angesichts der kleinteiligen Struktur der bewaffneten Gruppen und des eingeschränkten Zugangs zu diesen Gruppen deutlich zu niedrig angesetzt sein.

In Jammu & Kaschmir wurde in den letzten Jahren verstärkt der Beitritt Jugendlicher aus dem indisch-pakistanischen Grenzgebiet zu den dortigen bewaffneten Gruppen festgestellt. In den östlichen Operationsgebieten der Naxaliten werden seit vielen Jahren Kinder aus den Stammesgebieten zwangsrekrutiert. Die UNO ging 2014 von wenigstens 2.500 Kindern bei den bewaffneten Gruppen aus.¹⁰⁹ Auch in der Konfliktregion der »Seven Sister States« im Nordosten rekrutieren die verschiedenen bewaffneten Gruppen Kinder. Allein für das Jahr 2014 hat die Manipur Alliance of Child Rights die Rekrutierung von mehr als 180 Kindern in Manipur festgestellt.¹¹⁰

Auf staatlicher Seite werden vor allem bei den paramilitärischen Polizeieinheiten und den Hilfsmilizen, wie den Special Police Officers (SPO), Kindersoldaten und Kindersoldatinnen eingesetzt. Für die Bekämpfung der Naxaliten im Bundesstaat Chattisgarh wurden z. B. verstärkt jugendliche Anhänger der »Selbstverteidigungsorganisation« Salwa Judum rekrutiert. Zeitweise sollen mehr als 4.000 Minderjährige Teil der SPO gewesen sein. Der Bundesstaat West Bengal kündigte 2012/2013 die Rekrutierung von 5.000 Jugendlichen für die SPO und den Kampf gegen die Naxaliten an.¹¹¹ Darüber hinaus werden in einigen Bundesstaaten Minderjährige auch für den regulären Polizeidienst rekrutiert. Auch hier kann es vorkommen, dass sie Polizeieinheiten zugewiesen werden, die bei der Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden. Zumindest im Bundesstaat Manipur wurden auch wiederholt Rekrutierungsfälle von Kindern für die dem indischen Innenministerium unterstellten Assam Rifles, eine der ältesten paramilitärischen Einheiten, dokumentiert.¹¹²

In diesen drei Konfliktregionen Indiens sind aber auch andere Kinderrechtsverletzungen an der Tagesordnung – sowohl durch die bewaffneten Oppositionsgruppen als auch die indischen Sicherheitskräfte. Vor allem im Nordosten kam und kommt es zu bewaffneten Säuberungsaktionen und der Zerstörung von Dörfern. Kinder werden gewaltsam vertrieben, entführt, missbraucht und auch gezielt angegriffen. Durch die im Armed Forces Special Powers Act verankerte Straffreiheit wird dieses willkürliche und rechtswidrige Vorgehen der Sicherheitskräfte gefördert.¹¹³

Aufrüstung der indischen Polizei

Die fortdauernde Instabilität in den oben erwähnten Provinzen hat zur Proliferation von Kleinwaffen in Indien beigetragen und damit wiederum die Konflikte weiter angeheizt. Im Verlauf der Auseinandersetzungen unternahm die indische Regierung erhebliche Anstrengungen zur Aufrüstung der Polizei. In jedem Bundesstaat wurden paramilitärische Einheiten aufgestellt, die, wie in Bihar, auch als Militärpolizei bezeichnet werden. Außerdem wurden in jedem Bezirk schwer bewaffnete Police Reserve Forces und Hilfsmilizen aufgestellt.¹¹⁴ Nach Schätzungen des Projekts Indian Armed Violence Assessment (IAVA) sind insgesamt etwa 5,6 Mio. Klein-

¹⁰⁸ ACHR (2013), s. o., S. 3.

¹⁰⁹ UNO (2015b): Report on Children and Armed Conflict. UN-Dok. S/2015/409, S. 38; Human Rights Watch (2008): Dangerous Duty – Children and the Chhattisgarh Conflict. S. 21ff.; Child Soldiers International (2016), S. 12. Die naxalitischen Gruppen rekrutieren üblicherweise Kinder zwischen 6 und 12 Jahren. Sie werden in den Bal Sangams als Boten und Spione ausgebildet, sowie im Stockkampf unterrichtet. Nach dem 12. Lebensjahr werden sie in andere Gruppen geschickt und dort an regulären Waffen ausgebildet.

¹¹⁰ Hueiyen News Service (2014): 180 recruited as Child Soldiers. (online) 11. 7. 2014; siehe folgende Quellen für weiterführende Informationen Raju Kumar Narzary (2014): Impact of Conflict on Children in Assam and Manipur States of India. The Northeast Research & Social Work Networking, terre des hommes, S. 8ff., 17f.; Rajeev Bhattacharyya (2011): The Child Guerrillas of the Northeast. India Defence Review (online), 15. 11. 2011; ACHR (2013), s. o., S. 12.

¹¹¹ Vgl. Child Soldiers International (2013a): India – Shadow Report to the Committee on the Rights of the Child. S. 7.

¹¹² ACHR (2013), s. o., S. 2 & 8; Narzary (2014), s. o., S. 20, 22.

¹¹³ Vgl. Narzary (2014), s. o., S. 21ff., 27ff.

¹¹⁴ India Armed Violence Assessment (2012): A Heavy Hand – the Use of Force by India's Police. IAVA Issue Brief Nr. 3/2012.

waffen in den staatlichen Arsenalen vorhanden: 2,6 Mio. bei den Streitkräften, 1,7 Mio. bei der regulären Polizei und 1,3 Mio. bei den paramilitärischen Verbänden.¹¹⁵ Mehrheitlich stammen diese Waffen aus einheimischer Produktion, aber insbesondere deutsche Maschinenpistolen wurden bereits seit den 1980er Jahren kontinuierlich beschafft. Die Special Protection Group und die Border Security Force sind mit MP5 ausgestattet. Die Central Reserve Police Forces des Innenministeriums verfügen ebenfalls über MP5 sowie über ältere Scharfschützengewehre der Typen Mauser SP66 und MSG90.¹¹⁶

Insbesondere in den letzten zehn Jahren wurde verstärkt auf deutsche Kleinwaffenmodelle zurückgegriffen. Die National Security Guard, die zur Terrorismusbekämpfung eingesetzt wird, hat 2012 wohl mehr als 16.000 MP5 bestellt und 675 Scharfschützengewehre SG551 von Sig Sauer gekauft.¹¹⁷ 2015 soll die Indian Ordnance Factory Board durch »reverse engineering« eine indische Variante der MP5 entwickelt haben.¹¹⁸ Der Bundesstaat Uttar Pradesh hat 2012 begonnen, die Polizei mit MP5 für den Kampf gegen die Naxaliten auszustatten. Der ebenso von diesen Kämpfen betroffene Bundesstaat Mahahastra hat bereits vor Jahren seine Force One Einheit entsprechend ausgerüstet.¹¹⁹ Im Bundesstaat Manipur wurde 2011 geplant, die neu aufgestellte Hilfsmiliz der Lokhtak Protection Force mit wenigstens 775 MP5 für den Kampf gegen die lokalen bewaffneten Gruppen auszustatten.¹²⁰ Allerdings bleibt unklar, ob dieses Vorhaben umgesetzt worden ist und woher ggf. die Maschinenpistolen geliefert wurden, denn interessanterweise haben die lokalen Behörden angekündigt, die Waffen aus den USA zu beschaffen, obwohl Heckler&Koch offiziell dort keine MP5 produziert.

Die Bundesregierung hat seit 2002 jedes Jahr Genehmigungen für Exporte von KLW und Munition an Indien erteilt. Darunter befanden sich Genehmigungen für mehr als 18.000 Maschinenpistolen inkl. 27.000 Teile dafür sowie für 475 Sturmgewehre inkl. 1.800 Teile. In kleineren Stückzahlen wurden auch Gewehre, Panzerfäuste, Granatpistolen sowie Nachtsichtgeräte und Zielfernrohre genehmigt. Außerdem wurde der Export von wenigstens 350.000 Schuss Munition genehmigt.¹²¹ Die an UNROCA gemeldeten Stückzahlen waren etwas geringer: 427 Sturmgewehre und 16.030 Maschinenpistolen, davon ein Großteil (12.000 Stück) wahrschein-

lich für die National Security Guard. Im Bereich der »zivilen« Handfeuerwaffen wurden seit 2002 mehr als 1.000 Revolver & Pistolen und mehr als 1.000 Gewehre exportiert. Vor allem aber wurde Munition geliefert: mehr als 160 Tonnen Munition und Munitionsteile für Gewehre sowie 11 Tonnen für Pistolen & Revolver. Dazu passt auch, dass der Bundessicherheitsrat 2009 die Lieferung von Herstellungsausrüstung für Munition durch die Fritz Werner GmbH genehmigt hat.¹²² Und in naher Zukunft könnten weitere lukrative Aufträge für deutsche Unternehmen ins Haus stehen. Die indische Regierung plant u. a. Ausschreibungen für wenigstens 65.000 Sturmgewehre und 4.000 leichte Maschinengewehre. Anfang Dezember wurden eine Reihe von Kleinwaffenherstellern, darunter die Blaser Jagdmaschinen GmbH, Sig Sauer und der französische Partner von Krauss-Maffei-Wegmann, Nexter, von der indischen Regierung gebeten, Angebote für die Lieferung von 5.000 Scharfschützengewehren einzureichen.¹²³

-
- 115** India Armed Violence Assessment (2014): Small Arms of the Indian State. IAVA Issue Brief Nr. 4/2014, S. 2.
- 116** Sangeeta Saxena (2013): CRPF fights its toughest battle in anti-naxal operations. India Strategic (online); Zwischen 2008 und 2011 wurden zuletzt 1.576 MP5 gekauft, siehe Monish Gulati (2012): Indian Central Armed Police Forces (CAPF) – Missions and Modernisation. SSRN-Datenbank, S. 9.
- 117** IAVA (2014), s. o., S. 3.
- 118** Das Staatsunternehmen Indian Ordnance Factory Board hat 2015 den Prototyp einer durch »reverse engineering« erbauten Variante der MP5 präsentiert. Das Modell Anamika soll in größerer Stückzahl beschafft werden. »Unnamed – India's Ordnance Factory Board »ANAMIKA« MP5«, <http://www.thefirearmblog.com/blog/2016/06/16/of/> (25. 8. 16).
- 119** Times of India (2012): Govt promises to equip police with latest weapons firearms. (online) 3. 7. 2012; Prakash Katoch (2013): Equipping Cutting Edge Infantry, in: Indian Defence Review, Nr. 4/2013.
- 120** HNS (2009): Police Commandos to be armed with German guns. (online) 5. 12. 2009; Sangai Express (2011): Cdos to get more lethal weapons. (online) 20. 2. 2011.
- 121** 2015 wurde der Export von Munition für Sport- und Jagdgewehre, für Revolver & Pistolen sowie für Haubitzen im Wert von 50 Mio. € genehmigt. Allerdings lässt sich der genaue Wertanteil an Kleinwaffenmunition nicht errechnen.
- 122** Deutscher Bundestag (2015c), Drucksache 18/4194, S. 15.
- 123** Vivek Raghuvanshi (2016): India Hunts Overseas for Sniper Rifles. Defense News (online), 14. 12. 2016.

»Strategische Partnerschaft« statt Kriterien

Die deutschen Rüstungsexporte nach Indien veranschaulichen, welchen geringen Stellenwert die Politischen Grundsätze haben, wenn es um Genehmigungen für strategische Partner geht. Gemessen an den Exportgenehmigungen zwischen 1999 und 2014 in Höhe von einer Milliarde Euro ist Indien der größte Empfänger deutscher Rüstungsgüter in Südasien. Als strategischer Partner und potentiell lukrativer Absatzmarkt kann Indien sich auf positive Entscheidungen verlassen, selbst wenn die Kleinwaffen in innerstaatlichen Auseinandersetzungen oder bei Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden oder zur Eskalation beitragen können. Auch andere relevante Widersprüche zu den Kriterien der Politischen Grundsätze, wie der explosive Grenzkonflikt mit Pakistan um die Kaschmir-Region oder die Tatsache, dass Indien weiterhin Atomwaffen besitzt, den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag nicht unterschrieben hat und nicht bereit ist, mit der Internationalen Gemeinschaft über deren Abrüstung zu verhandeln, werden zugunsten der strategischen Partnerschaft hinten angestellt.

2.3.5. Jemen (und die saudische Militärintervention)

»Für mich ist es besser für YR 25,000 [USD 110] pro Monat zu arbeiten, als zu Hause zu bleiben ohne etwas zu tun.«¹²⁴

Walid, 15 Jahre, Kindersoldat der 1. Panzerdivision der jemenitischen Armee 2011

Seit der Wiedervereinigung Jemens 1990 ist das Land kaum zur Ruhe gekommen. Bewaffnete Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Stämmen, verstärkte terroristische Aktivitäten von Al Qaida und die Eskalation religiös motivierter Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten prägten die letzten 20 Jahre. Die Machtergreifung der schiitischen Al-Houthi-Milizen 2015 nach mehr als zehn Jahren Bürgerkrieg bedeutete den Auftakt für die weitere Eskalation und Internationalisierung des zunehmend entlang der alten Nord-Süd-Trennungslinien geführten Bürgerkriegs. Vor allem die USA und Saudi Arabien verstärkten ihre militärische Unterstützung für die abgesetzte Regierung und deren verbündete Stämme. Saudi-Arabien hat innerhalb des Golf-Kooperationsrates ein breites Bündnis für den Kampf gegen die Houthi mobilisiert. Unter anderem beteiligen sich die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Jordanien mit Luftangriffen zumindest zeitweise an den saudischen Offensiven. Zudem setzt Saudi-Arabien auch Bodentruppen ein.

Bewaffnete Kinder gehören zum Kriegsalltag

Die seit mehr als zehn Jahren währenden Kämpfe haben erhebliche Opfer unter der Bevölkerung gefordert und mehr als 2 Mio. Menschen zu Vertriebenen meist im eigenen Land gemacht. Alleine seit dem jüngsten militärischen Eingreifen der saudischen Koalition im März 2015 wurden mehr als 35.000 Menschen getötet.¹²⁵ Auch in diesem Konflikt gehören Kindersoldaten auf beiden Seiten zum Alltag. Während des »Jemenitischen Frühlings« 2011, der zur Absetzung der damaligen Regierung führte, hat z. B. die 1. Panzerdivision Minderjährige an Kontrollpunkten und zur Absicherung der Demonstrationzüge eingesetzt.¹²⁶ Auch die Republikanische Garde, die inzwischen in weiten Teilen auf Seiten der Houthi kämpft, hat Minderjährige eingesetzt, genauso wie die paramilitärischen Central Security Forces (inzwischen in Special Security Forces umbenannt) des Innenministeriums. Ein 19-jähriger Soldat gab an, dass er 2009 mit 12 Jahren von der 1. Panzerdivision rekrutiert worden sei.¹²⁷

Nicht anders sieht es auf Seiten der Houthi aus: Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 30 % der Houthi-Milizen Minderjährige sind, mehrheitlich zwischen 12 und 17 Jahre alt. Die Vereinten Nationen haben 2013–2014 die Rekrutierung von mehr als 250 Kindern durch die Houthi verifiziert – einige sogar erst 6 Jahre alt. Eingesetzt wurden sie an Checkpoints – aber auch bei Angriffen.¹²⁸ Auch Al Qaida und deren verbündete

-
- 124** IRIN (2011): Conflict generating more soldiers. (online) 20. 7. 2011 (Übersetzung des Autors).
- 125** Control Arms (2016): Dealing in Double Standards – How arms sales to Saudi Arabia are causing human suffering in Yemen. ATT Monitor, Case Study Nr. 2, S. 2.
- 126** Child Soldiers International (2013b): Yemen. S. 6, 10; IRIN (2011), s. o.
- 127** Yemen Times (2012): Child rights organisations silent on child military recruitment. (online) 16. 4. 2012; CSI (2013b), s. o., S. 2; CSI (2013a), s. o., S. 98; Huffington Post (2016): How Children are forced to the front lines of the Yemeni war. (online) 23. 1. 2016.
- 128** Priyanka Gupta (2015): The Child Soldiers of Yemen. Al-Jazeera, 4. 3. 2015; UNO (2015b), s. o., S. 35; Human Rights Watch (2015): Yemen – Houthis Send Children Into Battle.

Schaubild 6: Exportgenehmigungen für Jordanien, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) 2002–2015

	Jordanien	Saudi Arabien	VAE
Gewehre (KWL)	2.027 Stück 7.030 Teile	37.224 Stück 1,6 Mio. Teile	2.364 Stück 9.746 Teile
Gewehrmunition	0,52 Mio. Schuss	40 Mio. Schuss 20 Mio. Teile	1,1 Mio. Schuss 21,5 Mio. Teile
Maschinenpistolen	2.622 Stück 39.202 Teile	4.812 Stück 0,3 Mio. Teile	5.300 Stück 7.417 Teile
MP-Munition	5,1 Mio. Schuss	1,2 Mio. Schuss	0,83 Mio. Schuss
Maschinengewehre	10 Stück 10 Teile	899 Stück 995 Teile	
MG-Munition		2 Mio. Schuss	2.000 Schuss

Milizen rekrutierten Minderjährige. Nach Angaben der UNO waren es 2013 mehr als 50 Kinder. Hinzu kommen noch die Kindersoldaten der Stammesmilizen, die vor allem gegen die Houthi kämpfen. Sowohl für Al-Qaida als auch die Stammesmilizen sind die Schätzungen noch unzuverlässiger als für die Houthi, aber die UNO ging bereits 2010 – also vor der jüngsten Eskalation – davon aus, dass etwa 50 % der Kämpfer in diesen Milizen unter 18 Jahren sind.¹²⁹

Kinder werden in diesem Konflikt von allen Seiten unter Beschuss genommen. Schulen und Krankenhäuser werden angegriffen. Auch der saudisch geführten Koalition werden schwerwiegende Verstöße gegen die Resolution 1612 vorgeworfen. Die UNO geht davon aus, dass Saudi Arabien 2015 für mehr als 60 % der getöteten Kinder im Jemen verantwortlich ist. Nur auf saudischen Druck wurde das Land nachträglich wieder aus der »Liste der Schande« im UN-Bericht zu Kindern in bewaffneten Konflikten für das Jahr 2015 gestrichen.¹³⁰

Kleinwaffen im Jemen – Eine unfreiwillige deutsch-saudische Koproduktion mit Zukunft?

Insbesondere in den 1960/70er Jahren und dann wieder nach 1990 erhielt der Jemen Ausstattungshilfe und Ausbildungsunterstützung aus Deutschland. Waffenexporte spielten dabei jedoch keine Rolle. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden so gut wie keine Kleinwaffen in den Jemen geliefert. Eine Ausnahme bildet die Genehmigung für den Export von Kleinwaffen im Wert von 1 Mio. € und Kleinwaffenmunition im Wert von 3,3 Mio. € zwischen 1999–2003, also kurz vor der militärischen Eskalation des Konflikts zwischen Präsident Saleh und den Houthi 2004. Allerdings ist nicht klar, ob und in welchem Umfang die Güter auch geliefert worden sind.

Indirekt scheinen jedoch trotzdem etliche Kleinwaffen in den Jemen gelangt zu sein. Ein Faktor war sicherlich die ausgeprägte »Waffenkultur« im Land: Jemen gilt als einer der Staaten mit der größten Anzahl von Kleinwaffen pro Einwohner.¹³¹ Hinzu kommt die strategische Lage, die das Land am Eingang zum Roten Meer zu einem wichtigen Knotenpunkt für den legalen und illegalen Waffenhandel nach Afrika macht. So organisierten z. B. die Konfliktparteien im somalischen Bürgerkrieg ihren Nachschub häufig über den Jemen und konnten sich auf Unterstützung der dortigen Regierung verlassen. Trotz eines UN-Waffenembargos vereinbarte Präsident Saleh mit der somalischen Übergangsregierung 2005 die Lieferung von G3-Sturmgewehren.¹³² Das G3-Sturmgewehr ist bis heute sowohl bei den jemenitischen Streitkräften als auch bei diversen Milizen in größerer Stückzahl vorhanden.¹³³

¹²⁹ Child Soldiers International (2013b), s. o., S. 11.

¹³⁰ Colum Lynch (2016): U.N. Chief Says Saudi Air War Taking Heavy Toll on Yemeni Children. The Cable (online), 2. 8. 2016; Georg Schwarte (2016): Skandal um »Liste der Schande«. tagesschau.de (online), 8. 6. 2016.

¹³¹ Derek Miller (2009): Demand, Stockpiles, and Social Controls – Small Arms in Yemen. Small Arms Survey, Occasional Paper Nr. 9/2009, S. 28. Den Schätzungen nach befanden sich 2009 etwa 6-9 Mio. Kleinwaffen im Privatbesitz.

¹³² UNO (2005): Letter dated 5 October 2005 from the Chairman of the Security Council Committee established pursuant to resolution 751 (1992) concerning Somalia addressed to the President of the Security Council. UN-Dok. S/2005/625, S. 13.

¹³³ Edward C. Ezell (1988): Small Arms of the World. Harrisburg (2. Auflage), S. 445.

Gegenwärtig geht die größte Gefahr für die weitere Proliferation deutscher Kleinwaffen im Jemen von der von Saudi-Arabien angeführten Militärkoalition aus. Die saudische Königsfamilie hat bereits seit vielen Jahren die Waffenkäufe der jemenitischen Regierung finanziert. Mit Beginn der saudischen Intervention im Bürgerkrieg wurden die Kämpfer gegen die Houthi auch direkt mit saudischen Waffen versorgt.¹³⁴ Viele dieser Waffen stammen entweder aus deutscher Produktion oder waren Lizenzproduktionen. So hat z. B. die saudische Luftwaffe 2015 die gegen die Houthi kämpfenden Stammesmilizen mit älteren G3-Sturmgewehren versorgt.¹³⁵

Seit Jahrzehnten zählt Saudi-Arabien zu den besseren Kunden der deutschen Rüstungsindustrie. Bereits Ende der 1960er Jahre erhielt das Land eine Lizenz für die G3-Produktion. In den 1980ern folgte die Lizenz für die Produktion von MP5-Maschinenpistolen. Und obwohl die Bundesregierung indirekt einräumt, dass sie mit den G3-Lizenzgeschäften mit Iran und Pakistan negative Erfahrungen gemacht hat, bekam Saudi-Arabien 2008 erneut eine Produktionslizenz für das Nachfolgemodell G36: Maßgeblich waren – wie schon oft zuvor – »außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesregierung«.¹³⁶ Bis 2014 wurden mehr als 20.501 Teilsätze und etwa 1,2 Mio. Teile im Wert von 27 Mio. € für das G36 exportiert. Zusätzlich erhielt Saudi-Arabien seit 2000 mehrere zehntausend fertig montierte G36-Sturmgewehre direkt aus Deutschland. Allerdings bleibt die Gesamtmenge unklar: An UNROCA wurden seit 2006 mehr als 36.000 G36-Exporte gemeldet. Dem Bundestag wurde 2015 mitgeteilt, dass sogar 46.300 Ausfuhrbeförderungsgenehmigungen erteilt worden sind. Viel wichtiger im Hinblick auf das Risiko der zukünftigen Verbreitung dieser Waffen ist allerdings, dass nach Angaben der Bundesregierung keine Obergrenze für die in Saudi-Arabien produzierten G36 vereinbart worden ist.¹³⁷

Mit Jordanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten sind gleich zwei weitere wichtige Empfänger deutscher Kleinwaffen der letzten Jahre an der Intervention im Jemen mit beteiligt. Seit 2002 wurden für diese Länder in erheblichem Umfang Exportgenehmigungen für KKW und Munition erteilt:

Bei dieser Menge an tödlichen Kleinwaffen und den fortdauernden Spannungen in der Region konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, bis deutsche Kleinwaffen in die Hände jemenitischer Sicherheitskräfte oder – als Beutewaffen – in die Hände der Oppositionsgruppen gelangen würden. 2015 gab es bereits einen ersten Beleg für G36-Sturmgewehre in den Händen der Houthi.¹³⁸ Ohnehin haben die Houthi spätestens mit der Übernahme der Regierungsgewalt 2015 und dem Überlaufen der Republikanischen Garde Zugang zu einem erheblichen Teil der von den USA und Saudi-Arabien zuvor gelieferten Waffen erhalten.

Waffenlizenzen für unzuverlässige Partner

Die Verbreitung deutscher Kleinwaffen im Jemen ist nicht auf direkte Rüstungsexporte aus Deutschland zurückzuführen. Es sind die Lieferungen an Nachbarstaaten oder andere Staaten, wie Iran, die dafür gesorgt haben, dass im jemenitischen Bürgerkrieg auch mit deutschen Waffen gekämpft wird. Wie bereits an einigen anderen Beispielen gezeigt, erweist sich auch bei Saudi-Arabien und dem Jemen erneut, dass die Bundesregierung aus kurzfristigen politisch-strategischen und wirtschaftlichen Gründen das langfristige Risiko der Weiterverbreitung deutscher Kleinwaffen in Kauf nimmt. Seit Jahrzehnten werden arabische Staaten in dieser hochexplosiven Konfliktregion mit Waffen versorgt. Obwohl die Politischen Grundsätze eigentlich festlegen, dass Kriegswaffen nicht an sonstige Drittstaaten geliefert werden sollen, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, wurden trotzdem auch 2015 Kleinwaffen an die oben erwähnten Staaten geliefert: mehr als 3.000 Maschinenpistolen und 500 Sturmgewehre. Insbesondere die (militärische) Interventionspolitik Saudi-Arabiens in den letzten Jahren gibt zudem Anlass zu der Befürchtung, dass die bisher an Saudi-Arabien gelieferten Rüstungsgüter demnächst auch in weiteren Konfliktgebieten eingesetzt werden.

134 Sarah Phillips (2011): Yemen and the 2011 Arab Uprisings. Adelphi Series, S. 130.

135 Spiegel Online (2015): Bundesregierung verlangt Aufklärung von Saudi-Arabien. (online) 12. 6. 2015.

136 Deutscher Bundestag (2011), Drucksache 17/7926, S. 8.

137 Deutscher Bundestag (2015d), Drucksache 18/6525, S. 1f.; Deutscher Bundestag (2011), s. o., S. 5&8; Deutscher Bundestag (2014c), Drucksache 18/2075, S. 2ff; Deutscher Bundestag (2015b), S. 16.

138 Michael Smallwood (2015): North American anti-materiel rifles with Houthi forces in Yemen. ARES The Hoplite (online), 19. 11. 2015.